

# DER OBERBÜRGERMEISTER

01/OB-Referat SD			
22. Jan. 2015			
01	GR	RB	Protokoll

Stadt Heidelberg Postfach 10 55 20 69045 Heidelberg

Bundeskanzleramt  
Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen  
30.2 me-kr

Amt / Dienststelle  
**Rechtsamt**

Verwaltungsgebäude  
Prinz Carl, Kornmarkt 1

Bearbeitet von  
Klaus Mevius

Zimmer  
3.09

Telefon  
06221 58-16000

Telefax  
06221 58-16900

E-Mail  
rechtsamt  
@heidelberg.de

Datum  
19. Januar 2015

## Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP)

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hat sich in seiner letzten Sitzung des Jahres 2014 intensiv mit den kommunalrelevanten Themen des zurzeit verhandelten Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) befasst. Der Gemeinderat hat nach ausführlicher Diskussion folgenden Resolutionstext verabschiedet, den ich Ihnen mit der Bitte zur Kenntnis geben möchte, die inhaltlichen Aussagen im Rahmen des weiteren Verhandlungsverfahrens zu berücksichtigen.

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hat am 18.12.2014 folgenden Beschluss gefasst:

*Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), das derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird, ist von enormer politischer Tragweite. Es betrifft direkt oder indirekt fast alle Lebensbereiche. Dieses Freihandelsabkommen wird derzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen Europäischer Kommission und den USA ausgehandelt. Der Inhalt des paraphierten Freihandelsabkommens mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA), das als Vorlage zu TTIP gilt, liegt inzwischen vor. Seit wenigen Tagen liegt auch das Verhandlungsmandat für TTIP vor. Beide Papiere geben zu begründeten Befürchtungen Anlass, dass durch diese Freihandelsabkommen europäische Standards im Arbeits- und Sozialrecht, im Umwelt- und Verbraucherschutz, beim Daten- oder Verbraucherschutz in Frage gestellt werden und dass Investoren vor internationalen Schiedsstellen deutsches*

Stadt Heidelberg  
Postfach 10 55 20  
69045 Heidelberg

Bürgerservice:  
Telefon 06221 58-10580  
Telefax 06221 58-10900  
stadt@heidelberg.de

Konto: 24 007  
Sparkasse Heidelberg  
BLZ: 672 500 20

IBAN: DE14 6725 0020 0000 0240 07  
BIC: SOLADES1HDB

So erreichen Sie uns:  
Buslinie 33  
(Rathaus / Bergbahn)  
Buslinie 35  
(Alte Brücke)

und europäisches Recht und demokratische Entscheidungen von Bund, Land und Kommunen aushebeln können.

Die Verträge umfassen zahlreiche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, etwa das öffentliche Auftragswesen, die Energiepolitik, den Umweltschutz und die Trinkwasserversorgung, aber auch kulturelle und soziale Einrichtungen. Aus diesem Grund bezieht die Stadt Heidelberg zu diesen Abkommen Stellung:

1. Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg hält die Intransparenz der Verhandlungen zu TTIP für inakzeptabel. Er fordert die Bundesregierung, die Europäische Kommission und den Europäischen Rat auf, sich dafür einzusetzen, dass die grundlegenden Verhandlungsdokumente des TTIP veröffentlicht, die Parlamente und die Öffentlichkeit über den Verlauf der Verhandlungen im Detail informiert werden. Vor einer Ratifizierung im Bundestag und im Europäischen Parlament werden die Verträge den kommunalen Spitzenverbänden zur Prüfung vorgelegt. Die Verbände erhalten die Möglichkeit zur Stellungnahme.
2. Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg fordert die Bundesregierung, den Bundestag und das Europäische Parlament auf, bei den Verhandlungen zu den Verträgen die Beschlusslage des Deutschen Städtetags beziehungsweise das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages mit dem Deutschen Landkreistag, Deutschen Städte und Gemeindebund und dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. zwingend zu berücksichtigen.
3. Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Deutschen Städtetags vom 12. Februar 2014 zum TTIP und den Beschluss der kommunalen Spitzenverbände vom Oktober 2014 und schließt sich diesen Beschlüssen an.

Von der Beifügung der in dem Beschlusstext genannten Beschlüsse des Deutschen Städtetages vom 12. Februar 2014 und der kommunalen Spitzenverbände vom Oktober 2014 sehe ich ab, da ich davon ausgehe, dass Ihnen diese Texte bereits vorliegen.

Ich hoffe sehr, dass die die kommunalen Interessen betreffenden Aspekte in den zurzeit verhandelten Vertragswerken vollumfänglich berücksichtigt werden können.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

30



Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister